A26 Neu Ä1, 2-ModÜ

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: **Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik**

Antragstext

Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik

Wir erleben in den letzten Jahren, wie immer mehr Menschen bei der DeckungihrerLebensunterhaltungskosten in Probleme geraten, die Schere zwischen Arm und Reich weiterhin auseinanderdriftet und Gewinne über das Allgemeinwohl gestellt werden. Fragen wie die Bezahlung der Miete, welche Möglichkeiten für die eigenen Kinder geschaffen werden können oder ob eine Beteiligung in dieser Gesellschaft noch möglich istsind für immer mehr Personen alltäglich. Mit Blick auf die Wahlentscheidungen und Stimmung der Menschen im Land ist auch zu erkennen, dass unsere Freiheit und Demokratie darunter leiden, wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben. Als progressive, linke Partei muss Bündnis 90/Die Grünen hier zu Stelle sein.

Nach der Bundestagswahl und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen muss sich unsere Partei mit verschiedensten Fragen zu Inhalten und der weiteren Ausrichtung beschäftigen. Die soziale Frage muss wieder stärker ins Zentrum unserer Politik rücken. Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben dabei gezeigt, dass die Partei mit ihrem sozialpolitischen Profil nicht überzeugen konnten. Insbesondere die Abwanderungen zur Linkspartei, der Vertrauensverlust in bestimmten Milieus und die Kompetenzwerte belegen dies. Dies ist umso bitterer, wenndarauf geschaut wird, dass die Wahlprogramme und Forderungen die Antworten zu diesen Fragen liefern. Erfolgeund Ziele wie die Steuergerechtigkeit, Entlastungen für die riesige Mehrheit der Gesellschaft, Ausgleiche wie ein Klimageld oder die Einführung einer Kindergrundsicherung müssen offensiver gespielt werden. Daher muss mutig mit diesen Punkten umgehen und die grundsätzliche Frage nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft

beantworten.

Schleswig-Holstein gerecht gestalten

Für uns in Schleswig-Holstein, wo wir in politischer Verantwortung sind, sind diese Fragen ebenso zentral, wie für die Partei insgesamt. Auf Landesebene haben wir Spielraum um Projekte, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken umzusetzen und Fragen der Finanzierung zu lösen. Unsere Aufgabe muss sein diese Optionen zu nutzen. Dazu gehören unter anderem die Aufträge an B90/Die Grünen:

- Den sozialen Wohnungsbau durch die Wohnraumförderung weiter auszubauen und nach einem möglichem Beschluss des Sondervermögens für Infrastruktur auf Bundesebene auch diesesdafür zu nutzen.

- Durch eine Ausweitung von Bildungs- und Beratungsangeboten, die soziale Teilhabe zu stärken

- eine Reform der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Vermögensteuer für Superreiche einzufordern, sowie eine stärkere Belastung besonders hoher Einkommen und Kapitalerträge zu Gunsten anderer Einkommensgruppen, um für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem zu sorgen - gegen rechtliche Schlupflöcher bei der Immobilienbesteuerung konsequent vorzugehen

Neben direkt landespolitischen Aufgaben, soll der Landesverband diese Themensetzung in seiner öffentlichen Positionierung stärken, sich in der Bundespartei für die verstärkte Fokussierung stark machen und eine mittelfristige Strategie zu sozialen Themen entwickeln, welche Vertrauen zurückgewinnt und langfristig andere politische Mehrheiten schaffen kann.

Unterstützer*innen

Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Bruno Borchardt (KV Pinneberg), Sören Lerke (KV Pinneberg), Florian Juhl (KV Pinneberg), Lucas Hohan (KV Ostholstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Jan Boie (KV Flensburg), Luca Brunsch (KV Kiel), Jan Kürschner (KV Kiel), Burak Kocaaslan (KV Kiel), Oliver Opel (KV Dithmarschen), Peer Lessing (KV Pinneberg)